

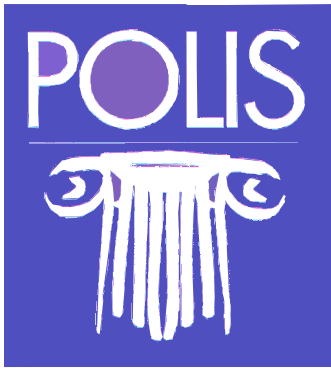
POLIS



Dokumentation zum 40jährigen Jubiläum der
Hessischen Landeszentrale für
politische Bildung am 18. Mai 1994 im
Hessischen Staatstheater Wiesbaden



Eine Schriftenreihe der
Hessischen Landeszentrale
für politische Bildung



40 Jahre HLZ

Dokumentation zum 40jährigen Jubiläum der Hessischen Landeszentrale für politische Bildung am 18. Mai 1994 im Hessischen Staatstheater Wiesbaden

VORWORT

40jähriges Jubiläum der HLZ

Vor vierzig Jahren, mit Kabinetts-Beschluß vom 4. Mai 1954, wurde die HLZ gegründet.

Ohne Zweifel hat die politische Bildung in Hessen einen bedeutenden Beitrag zur demokratischen Bewußtseinsbildung und zur besonderen politischen Kultur dieses Bundeslandes geleistet.

Wie jede Bildung ist auch die politische Bildung langfristig angelegt. Kurzfristige Änderungen von Einstellungen und Verhaltensmustern können und sollten von ihr nicht erwartet werden.

Wir danken all jenen, die unsere Arbeit kritisch mitgetragen haben, und die uns behilflich waren, Aufgaben, Intentionen, Fragestellungen und Methoden zu überdenken und neu zu bestimmen.

Wir leben von den Impulsen aus Politik, Erziehung und Wissenschaft. Ohne den ständigen Dialog mit ihnen ist unsere Aufgabe nicht zu leisten.

Dies gilt auch für die vor uns liegenden schwierigen Jahre.

Dr. Konrad Schacht

Ansprache des Hessischen Ministerpräsidenten Hans Eichel

Mit dem 40jährigen Jubiläum der Hessischen Landeszentrale für politische Bildung, verehrte Anwesende, feiern wir heute auch 40 Jahre erfolgreiches Streben nach hessischer Demokratie und hessischer Identität.

An der Entwicklung eines liberalen, weltoffenen, toleranten Hessen hat die Landeszentrale einen bedeutenden Anteil. Sie ist heute ein nicht mehr wegzudenkender Bestandteil des politischen Lebens und der politischen Kultur in Hessen.

Ein Blick zurück in die Geschichte: Am 04. Mai 1954 faßte das erste Kabinett von Ministerpräsident Georg August Zinn den folgenden Beschluß: "Es wird eine Landeszentrale für Heimatdienst als eigene Organisation, die unmittelbar unter der Aufsicht des Ministers für Erziehung und Volksbildung steht, geschaffen".

Die Bundesrepublik Deutschland war zu diesem Zeitpunkt eine junge Demokratie, die den alten Untertanengeist noch nicht verdrängt hatte, als die einzelnen Länder nach dem Muster der "Bundeszentrale für Heimatdienst" Landeszentralen einrichteten. Eine reife politische Kultur mußte erst noch erwachsen, sie bedurfte der Entwicklungs- und Entfaltungsmöglichkeiten, insbesondere auch durch die Pflege und Förderung der politischen Bildung. Der Auftrag der neuen Landeszentrale war, so sah es Zinn, der "positive Verfassungsschutz".

Nach dem Untergang der Weimarer Republik und nach Überwindung der totalitären nationalsozialistischen Herrschaft galt es, den Gedanken der freiheitlichen Demokratie im Volk, insbesondere in der heranwachsenden Jugend zu verankern.

In den 50er Jahren gab sich die politische Bildung Leitbegriffe wie Erziehung zur Humanität, Erziehung zur Toleranz, politische Ethik, die Lehre von den sozialen Spielregeln, die sozialgerichtete Persönlichkeit und die Mündigkeit des Menschen als Erziehungsziel.

Über allem stand und steht bis heute der mahnende Gedanke, ich sage es mit den Worten von Adorno: "Nie wieder darf sich

Auschwitz wiederholen".

Dieser Satz ist 1994 so aktuell wie damals. Die Jugendlichen, die vor kurzem in Lübeck die Synagoge angezündet haben, sagen, sie hätten dies aus Judenhaß und Fremdenhaß getan. Fast ganz normale Jungen, sagt die Bevölkerung, so war es vor ein paar Tagen in einem Fernsehmagazin zu hören. Hoyerswerda, Rostock, Hünxe, Mölln, Solingen, gehen als Synonym für Haß und Gewalt im Deutschland der 90er Jahre in die Geschichtsbücher ein. Dabei weisen die Ursachen in die Mitte der Gesellschaft. Nach einer Spiegelumfrage vertritt jeder 8. Deutsche antisemitische Einstellungen. 28% der Bevölkerung glauben, die Deutschen seien anderen Völkern überlegen.

Die Frage nach den Schuldigen in Familie und Gesellschaft ist schnell gestellt, auch auf die politische Bildung richtet sich der Blick. Hat sie trotz aller Anstrengung und Leistung nicht letztlich doch bei der Aufklärung über Demokratie und Menschenrechte versagt? Ist sie an ihre Grenzen gestoßen? Hatte sie immer ausreichend Unterstützung? Welche Konzepte entwickelt sie aus ihren Erfahrungen für die Zukunft? Wir werden zu diesen Fragen heute sicher noch etwas hören.

Ich warne aber sehr eindringlich davor, der politischen Bildung die Rolle des Sündenbocks für gesellschaftliche Fehlentwicklungen zuzuschreiben. Die politische Bildung ist weder ein Repressionsorgan zur Erzwingung des richtigen Denkens und Fühlens in den Köpfen und Herzen der Menschen, noch kann sie Feuerwehr spielen, um Brände in der Gesellschaft zu löschen.

Erinnern wir uns an die Auseinandersetzungen, die die außerparlamentarische Opposition Ende der 60er Jahre auslöste. Diese waren auch ein Ringen um demokratische Erziehungsziele. Aus diesem Widerstreit entwickelte sich das Selbstverständnis einer aufklärerischen politischen Bildung. Mehr Demokratie wagen war die Devise, nicht oktroyieren und indoktrinieren.

Diese Vorstellung fand Niederschlag im sogenannten "Beutelsbacher Konsens", dessen drei Prinzipien bis heute für die

ANALYSEN ♦ MEINUNGEN ♦ DEBATTEN

politische Bildung gelten:

Erstens das Überwältigungsverbot: Es ist mit keinem Mittel erlaubt, Schüler und Schülerinnen im Sinne erwünschter Meinungen zu überrumpeln und sie damit in der Gewinnung eines selbständigen Urteils zu behindern.

Zweitens muß das, was in Wissenschaft und Politik kontrovers ist, auch im Unterricht als kontrovers erscheinen.

Und drittens müssen die Lernenden in die Lage versetzt werden, eine politische Situation sowie die Eigeninteressenlage zu analysieren, um daraus Mittel und Wege zu suchen, die vorgefundene Lage im Sinne ihrer Interessen zu beeinflussen.

Fast 20 Jahre später steht die politische Bildung schon wieder vor neuen Herausforderungen. Die Stichworte sind: "neue Unübersichtlichkeit", "Risikogesellschaft", "Umbruch in der Industriegesellschaft". Klaus Ahlheim hat die gegenwärtige Situation folgendermaßen zusammengefaßt: "Das Dilemma der politischen Bildung dauert an. Mit jeder krisenhaften Entwicklung wachsen zugleich die Anforderungen und Zumutungen an sie. Und jede neue Herausforderung macht ihr bewußt, daß sie sich schon lange und immer noch in einer Krise befindet".

Das beeindruckende Panorama der Aktivitäten der Hessischen Landeszentrale für politische Bildung zeugt von der großen Anstrengung, die sie unternimmt, sich diesem Dilemma nicht zu beugen, sondern es zu überwinden.

Neben ihren klassischen Arbeitsfeldern hat sie in den letzten Jahren die Arbeit in den Bereichen ausländische Mitbürgerinnen und Mitbürger, Frauen, Wirtschaft und Umwelt enorm intensiviert. Neben den Bereichen Dritte Welt und Europa ist nach dem Ende der kommunistischen Diktaturen der Arbeitsbereich Osteuropa ausgebaut worden, um zu einem besseren Verständnis der Geschichte der osteuropäischen Staaten und ihrer Beziehung zu Deutschland beizutragen. Mit der hessischen Landeskunde wurde das Bemühen verstärkt, die historische Identität der Hessinnen und Hessen zu fördern. Und auch bis ins Nachbarland Thüringen reicht

der Arm der Hessischen Landeszentrale. Dort hat sie geholfen, nach hessischem Muster eine Landeszentrale aufzubauen, und daraus ist eine enge und sehr erfreuliche Kooperationsbeziehung entstanden.

Ich gratuliere allen daran Beteiligten zu all dieser guten und soliden Arbeit mit all den sichtbaren, aber auch den unsichtbaren Erfolgen.

Ich komme noch einmal auf das Thema der aufbrechenden Gewalt in unserer Gesellschaft. Ich bin sehr dankbar, daß der Hessische Landtag in dieser Legislaturperiode die Landeszentrale mit Sondermitteln für die Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit ausgestattet hat. So konnte sie hier in den vergangenen Jahren einen besonderen Schwerpunkt in ihren Bildungsaktivitäten setzen. Und sie hat hervorragende Arbeit geleistet. Entgegen dem oftmals beschworenen Trend der Politikverdrossenheit konnte die Landeszentrale auf diesem Feld einen großen Zuspruch verzeichnen. Dieses Interesse gilt auch für das andere, neu hinzugewachsene Aufgabengebiet der HLZ, nämlich die Förderung der Arbeit hessischer Gedenkstätten für die Opfer des Nationalsozialismus und des Besuchs von Jugend- und Erwachsenengruppen in Gedenkstätten.

Ich freue mich zu hören, daß die Landeszentrale für ihre Angebote in diesem Bereich eine unvermutet große Nachfrage hatte. Ich gratuliere auch zu diesem ermutigenden Erfolg.

Und auch das möchte ich an dieser Stelle sagen: Ich unterstütze mit Nachdruck die Bemühungen der HLZ, auch mit problematischen Gruppen den Dialog zu suchen. Es hat in jüngster Zeit einen Versuch gegeben, das wohldurchdachte Konzept der Landeszentrale in dieser Hinsicht zu behindern. Ich halte das für politisch töricht. Der Dialog ist das wichtigste Mittel der politischen Bildung. Er ist die einzige Alternative zur Repression. In der offenen Gesellschaft muß der umfassende Diskurs auch bei unterschiedlichen Weltanschauungen möglich sein.

ANALYSEN ♦ MEINUNGEN ♦ DEBATTEN

Natürlich bleibt das Ergebnis oft unbefriedigend, und selbstverständlich müssen die Grenzen klar gezogen werden. Zur Disposition stehen weder die geistigen Grundlagen der Demokratie, noch kann hingenommen werden, wenn die Opfer des Nationalsozialismus beleidigt werden. Über die Auschwitz-Lüge gibt es keinen Diskurs. Und Menschenrechte sind nicht verhandelbar. So lange diese Grenzen nicht verletzt werden, ist jedwede Einmischung in die Konzeptions- und Gestaltungsfreiheit der Landeszentrale unzulässig.

Der damalige Minister für Erziehung und Volksbildung hat 1954 im Hessischen Landtag davor gewarnt, die Landeszentrale zur politischen Beute der Parteien werden zu lassen. Und ich meine, wir sollten auch heute sehr sensibel darauf achten, daß die Unabhängigkeit als - so steht es in der Satzung - parteiungebundene Landeszentrale unantastbar bleibt. Die Landeszentrale ist politiknah, aber parteifern. Sie ist weder ein Sprachrohr der Regierung noch das einer Partei.

Diese Auffassung hat die rot-grüne Koalition dadurch unterstrichen, daß sie den Status des Direktors der Landeszentrale als politischen Beamten aufgehoben hat. Das fand keineswegs die Zustimmung der Opposition. Aber ich bin davon überzeugt, daß wir damit einen wichtigen Beitrag zur Wahrung der Unabhängigkeit der HLZ geleistet haben.

Die HLZ ist unverzichtbares Element der politischen Kultur in unserem Land geworden. Sie richtet ihre Arbeit an die Menschen als soziales und politisches Wesen mit dem Ziel, das Individuum in seinem selbstbestimmten Denken und Handeln zu fördern. Sie gibt Orientierung für unsichere Menschen in einer immer unübersichtlicher werdenden Welt.

Mein Dank, mein Respekt und meine Anerkennung für diese schwierige Arbeit gebührt allen, die in und um die HLZ wirken. Ich danke den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der HLZ, insbesondere auch denen, deren Arbeitsgebiet ich im einzelnen hier nicht hervorheben konnte. Ich danke dem Direktor der HLZ, Dr. Konrad Schacht, für seinen unermüdlichen Einsatz, seinen

Weitblick und Ideenreichtum. Und nicht zuletzt gilt der Dank den engagierten freien Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern sowie den Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern, die alle zusammen das große Netz bilden, das die HLZ über die Grenzen Hessens hinaus spannt.

Feiern Sie heute die HLZ, die auch Ihr persönlicher Erfolg ist. Und mit einem Wort von Martin Buber möchte ich Ihnen eine nicht minder gute

und erfolgreiche Zukunft wünschen: "Jeder ist berufen, etwas zur Vollendung zu bringen".

Grußworte

Dr. Günter Reichert

Präsident der Bundeszentrale für politische Bildung, Bonn

Die Hessische Landeszentrale für politische Bildung feiert heute ihr 40-jähriges Bestehen. Dieses Jubiläum begehen wir angesichts der aktuellen gesellschaftlichen Entwicklung im vereinten Deutschland in einer Phase der großen Herausforderungen für die politische Bildungsarbeit:

- Wir registrieren eine wachsende Intoleranz, die sich am deutlichsten in Fremdenfeindlichkeit und Gewaltbereitschaft zeigt und zu einer allgemeinen Entsolidarisierung führt.
- Wir verzeichnen eine zunehmende Skepsis gegenüber den Auswirkungen des deutschen und des europäischen Einigungsprozesses.
- Wir beobachten, daß das Bewußtsein für die Grundwerte unserer Gesellschaft und die Akzeptanz demokratischer Spielregeln zurückgegangen sind und damit die Gefährdung des freiheitlichen Rechtsstaates zugenommen haben.

Um so größere Bedeutung gewinnt angesichts dieser Entwicklung der Prozeß organisierter Lernens über die Faktoren und Zusammenhänge in unserem nationalen und im internationalen Gefüge, der zunächst Aufklärung und dann die Mündigkeit des Einzelnen zum Ziel hat. Dabei läuft der Prozeß politischer Bildung in der Regel von Informiertheit und Kenntnis über Einsicht und Erkenntnis zu politischer Beteiligung und sozialer Verantwortung auf allen Ebenen, beginnend mit dem unmittelbaren Lebensumfeld der Bürger, z. B. in einer Vielzahl von ehrenamtlichen Funktionen.

Dabei müssen wir deutlich machen, daß die politische Bildungsarbeit politische Entscheidungen nur am Rande beeinflussen kann. Die staatliche oder durch freie Träger organisierte politische Bildung kann insbesondere nicht die Funktion einer Feuerwehr in politischen Krisenzeiten wahrnehmen. Politische Bildung ist kein

"Retter in der Not". Politische Bildung kann nur Zusammenhänge erklären und Probleme erläutern. Sie kann den Bürger zum Handeln, zum Einflußnehmen, zum Mitgestalten anregen und ihm entsprechende Methoden an die Hand geben, mit ihm unterschiedliche Handlungsmodelle einüben.

Politische Bildung zielt auf die Ausprägung von Einstellungen. Wie alle Formen von Bildung ist auch politische Bildung dabei langfristig angelegt. Kurzfristige Änderungen von Einstellungen und Haltungen können von ihr nicht erwartet werden. Politische Bildung ist daher in der Bundesrepublik Deutschland als ein Element lebenslangen Lernens konzipiert und pädagogisch auf eine allmähliche Einstellungsveränderung ausgerichtet.

Die politische Bildungsarbeit in Deutschland ist der föderalen Struktur unserer Bundesrepublik verpflichtet. Wie es auf Bundesebene die Bundeszentrale für politische Bildung gibt, so existieren auf Länderebene die Landeszentralen für politische Bildung, die nicht etwa Gliederungen der Bundeszentrale, sondern eigenständige Einrichtungen der Länder sind, die untereinander und mit der Bundeszentrale eng zusammenarbeiten. Beispiel hierfür ist eine ganze Reihe von gemeinsamen Projekten, angefangen von Publikationen bis hin zu Kongressen.

Seit Bestehen von Bundeszentrale und Hessischer Landeszentrale hat sich diese beiderseitig fruchtbare Zusammenarbeit bewährt. Und dies galt für die Zusammenarbeit eines sozialdemokratischen geschäftsführenden Direktors in der Bundeszentrale mit einem christdemokratischen Leiter der Landeszentrale in Hessen in den 80er Jahren ebenso wie es in den 90er Jahren für die Zusammenarbeit eines sozialdemokratischen Leiters der Landeszentrale mit einem Präsidenten der Bundeszentrale gilt, der der CDU angehört.

Dieses Gefüge demonstriert demnach nicht nur die föderale Gliederung in der staatlichen politischen Bildungsarbeit, es demonstriert auch plastisch die politische Pluralität, die für die politische Bildungsarbeit unverzichtbar

ist. Und um dem eventuellen Einwand bezüglich Parteienproporz, Versorgungsstellen etc. gleich entgegenzutreten: Staatlich organisierte Träger der politischen Bildung müssen mit besonderer Sensibilität auf die Ausgewogenheit und weitestgehende Unabhängigkeit ihrer Arbeit achten. Ich bin aber fest davon überzeugt, daß es für die Bürger besser ist, wenn man die führenden Gestalter der politischen Bildungsarbeit auch in ihrer parteipolitischen Ausrichtung genau bewerten kann und wenn man nicht hinter scheinbar neutralen Repräsentanten schwarzen oder roten, blau-gelben, grünen oder sonstigen Gerüchen nachschnuppert. Politische Bildung lebt - wie die Politik selbst - von der Klarheit der Inhalte und der Positionen. Der Kontrolle unserer Arbeit haben wir uns alle zu stellen, der Kontrolle durch unsere politischen bzw. wissenschaftlichen Kuratorien, der Kontrolle durch die Zielgruppen - der Multiplikatoren und Meinungsführer - und der Kontrolle durch die Bürgerinnen und Bürger selbst. Und kontrolliert werden wir aufgrund unseres Tuns, unserer Schriften, Filme, Veranstaltungen. Bewertet werden wir anhand der Aktualität, des Einfallsreichtums, des pädagogischen Geschicks in unserer Arbeit. Einhelliges Lob wird es dabei nie geben; ausgewogene Kritik zeigt uns in der Regel, daß wir auf dem richtigen Weg sind. Ohne nun in der Republik herumgeschnuppert und alle um ihr Einverständnis gefragt zu haben, riskiere ich es, namens aller staatlichen und privaten Träger der politischen Bildungsarbeit - ausdrücklich aber im Namen des in der Bundesregierung für die politische Bildungsarbeit verantwortlichen Bundesministers des Innern, Manfred Kanther - der Hessischen Landeszentrale für politische Bildung Glückwünsche zu ihrem 40. Geburtstag auszusprechen, allen ehemaligen und jetzigen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern für ihren Einsatz zu danken und alles Gute für die weitere, wichtige Arbeit zu wünschen.

Dr. Konrad Schacht

Direktor der Hessischen Landeszentrale für politische Bildung, Wiesbaden

Ich möchte dem Herrn Ministerpräsidenten herzlich dafür danken, daß er zu dieser Feierstunde in das Foyer des hessischen Staatstheaters Wiesbaden eingeladen hat. Seine Ansprache macht uns Mut, mit dem oft nicht einfachen Geschäft der politischen Bildung so engagiert fortzufahren wie bisher. Ich freue mich ganz besonders darüber, daß viele von denen, die die politische Bildungsarbeit der HLZ mitgetragen haben und noch aktiv mittragen, hier zu diesem Jubiläum zusammengekommen sind.

Mein Dank gilt auch den Mitgliedern des Kuratoriums der HLZ, die mit kritischer Geduld die Arbeit dieser Institution begleitet und sie immer wieder in schwierigen Situationen unterstützt und geschützt haben. Ich weiß, daß die HLZ im Wiesbadener Verwaltungsgefüge eine eher exotische Institution ist und daß einige ihrer Aktivitäten nicht jedem gleich plausibel oder gar sinnvoll erscheinen. In Hessen wurde der Landeszentrale für politische Bildung jedoch der Freiheits- und Handlungsspielraum gegeben, den sie für ihre Arbeit braucht.

Wie ein langjähriger Kenner der politischen Bildungsszene urteilt, konnte sie dadurch auf dem Felde pädagogischer Vielfalt, Flexibilität, Innovationsfreude wie pädagogischen Wagnisses und Elan einen unbestreitbaren Leistungsvorsprung im bundesdeutschen Vergleich erzielen. Sie ist in 40 Jahren zu einem unverzichtbaren, wenn auch oft nicht bequemen Bestandteil der politischen Kultur dieses Bundeslandes geworden.

Schon im ersten HLZ-Halbjahresbericht vor 40 Jahren wurden die Grundbedingungen genannt, die als Voraussetzungen für politische Bildung im Gegensatz zu Indoktrination und alleinigem Wahrheitsanspruch in totalitären Systemen zu gelten haben.

Ich zitiere: "Der Staat gewährt ohne jeden Zwang die Chance und Möglichkeit der Orientierung, Kenntnisvermittlung und

ANALYSEN ♦ MEINUNGEN ♦ DEBATTEN

Diskussion. Das Risiko, daß diese Chance nicht genutzt wird, muß in Kauf genommen werden. - Der Staat leistet politische Bildungsarbeit grundsätzlich überparteilich in der Erkenntnis, daß Demokratie Pluralität bedeutet, daß die Freiheit des Wirkens garantiert sein muß. Die Landeszentrale kann und darf ihre Aufgabe nicht im Sinne einzelner Parteien erfüllen." Ende des Zitats.

Die 40-jährige Geschichte der HLZ ist eng verknüpft mit der Entwicklung der Bundesrepublik von der "Untertanenkultur" zur "Bürgerkultur", die durch eine politische Kultur geprägt ist, deren Bürgerinnen und Bürger die Politik nicht konsumieren oder ertragen, sondern mitgestalten wollen. Die letzten Jahre haben allerdings gezeigt, daß noch nicht entschieden ist, ob die Bundesrepublik Deutschland nur eine "Schönwetterdemokratie" ist, oder ob sie eine stabile Demokratie ist, die sich auch in wirtschaftlichen und politischen Krisensituationen bewährt. Bei vielem, was sich bei uns z. Zt. an politischer Radikalisierung und Gewalttätigkeit zeigt, sind Gefährdungstendenzen für die demokratische Stabilität unübersehbar. Noch stärker ist aber für mich der Eindruck, daß wir uns noch an die Normalität einer offenen Gesellschaft und eines demokratischen politischen Prozesses gewöhnen müssen. Die Furcht vor der Freiheit dominiert immer noch zu sehr den politischen Diskurs.

Es ist einmal gesagt worden, daß Sisyphos ein glücklicher Mensch gewesen sein müsse. Dies ist gerade in der heutigen Zeit für einen politischen Bildner eine tröstliche Information.

Bei der Gründung der HLZ sagte der damalige Minister für Erziehung und Volksbildung Hennig im Hessischen Landtag, daß es eine Landeszentrale geben müsse, solange man erlebe, daß ein Diskussionsredner unter dem Beifall seiner Zuhörer die Ermordung von 6 Millionen Juden in Frage stellt und moralisch relativiert. Wenn man bedenkt, welche Diskussionen wir z. Zt. wieder über die "Auschwitz-Lüge" haben, sieht man, wie stabil Probleme der politischen Bildung bei allem dramatischen Wandel in den letzten 40 Jahren geblieben

sind. In dem Hinweis einer aktuellen Studie, daß rund 17% der Deutschen eine relativ festgefügte rechtsextremistische Weltanschauung haben, ergibt sich die gleiche Tendenz.

Dabei geht es nicht nur um die Entwicklung einer demokratischen politischen Kultur in Ostdeutschland, sondern auch um die Stabilisierung und Weiterentwicklung demokratischer Bewußtseinsstrukturen in der westlichen Wohlstandsgesellschaft. Der zum Teil überhebliche Blick nach Osten hat vielen den selbstkritischen Blick in die eigenen westlichen Landesteile verstellt.

Der hessische Landtag hat früh erkannt, daß es diese Gefährdung auch in Hessen gibt. Er hat in den letzten Jahren großzügig Mittel zur Verfügung gestellt, um die Auseinandersetzung mit dem Rechtsradikalismus und der Fremdenfeindlichkeit zu intensivieren. Außerdem wurden umfangreiche Mittel für die Gedenkstättenarbeit für die Opfer des Nationalsozialismus zur Verfügung gestellt.

Neben diesen aktuellen Aufgaben verfolgt die HLZ wichtige Arbeitsgebiete, die nicht vernachlässigt werden dürfen. Die Förderung des politischen Buches, Informationen über hessische Geschichte und Institutionen, die Studienreise nach Israel, die Intensivierung der Aufklärung über die Vorgänge in Osteuropa, die politische Bildungsarbeit mit Schülern und Lehrern, die Medienarbeit, die Kooperation mit dem vielfältigen Netzwerk der Frauenbewegung, die neunitiierte Arbeit an den Themen Wirtschaft und Umwelt, die Organisation europäischer Begegnungen und die Aufklärung über Vorgänge der internationalen Politik sind nur Stichworte für das breite Arbeitsspektrum der HLZ. Bewährt hat sich die Kooperation mit dem hessischen Landtag, der ein wichtiger Lernort für die politische Bildung geworden ist.

Die Landeszentralen sind Ausdruck eines lebendigen Föderalismus. Jede hat ihr eigenes Profil. Die Zusammenarbeit mit ihnen und der Bundeszentrale für politische Bildung haben auch für die Arbeit in Hessen immer wieder wichtige Impulse gegeben. Wir Hessen sind stolz darauf, daß wir in unserem Nachbarland Thüringen auch in der politischen Bildung

ANALYSEN ♦ MEINUNGEN ♦ DEBATTEN

wichtige Aufbauarbeiten leisten durften. Mein Amtsvorgänger, Herr Dr. Wolf, hat hier wichtige Pionierarbeiten geleistet, die heute noch fortwirken. Mit der thüringischen Landeszentrale verbinden uns vielfältige Kooperationen, die für die Arbeit in beiden Ländern wichtige Anregungen geben.

Die siebziger und achtziger Jahre waren für die politischen Bildner besonders anregend und erfolgreich. Die "partizipatorische Revolution" und der allgemeine Wertwandel in der Gesellschaft deckten sich mit den Werten, Hoffnungen und Erwartungen vieler politischer Bildner. Ende der achtziger Jahre veränderte sich die politische Konstellation dramatisch. Rechtsradikalismus und Fremdenfeindlichkeit zeigten schon vor der Herstellung der deutschen Einheit ihr häßliches Gesicht. Mit der deutschen Einheit kamen viele "alte Fragen" wieder auf die Tagesordnung. Wichtige Utopien der politischen Bildner zerplatzten an einer veränderten Wirklichkeit.

Die politische Bildung sollte ohne Lamento die Arbeit an der Aufklärung und an der Stabilisierung der demokratischen politischen Kultur in Deutschland fortführen. Die Bildungsexpansion und die politische Bildung selbst haben ein sehr kritisches und waches Bürgertum hervorgebracht, das Politik und politische Bildung schwieriger, aber auch reizvoller macht. Die Orientierungsprobleme in der "Risikogesellschaft" lassen das Angstpotential und extreme Bewegungen wachsen. Die politische Bildung sollte an ihren Intentionen festhalten und auch Konflikten nicht ausweichen. Ihren Kritikern sollte man immer wieder sagen, daß sie es mit einer schwachen Institution zu tun haben, die überwiegend durch gute Informationen und vernünftige Dialoge Einfluß ausübt.

Zum Schluß möchte ich gerade angesichts der bedrohlichen Tendenzen in unserer Gesellschaft ein Zitat von Sigmund Freud in Erinnerung rufen, das die politischen Bildner motivieren sollte, weiterzumachen:

"Aber es ist noch etwas Besonderes um diese Schwäche; die Stimme des Intellekts ist leise, aber sie ruht nicht, ehe sie sich Gehör geschafft hat. Am Ende, nach unzählig oft wiederholten Abweisungen findet sie es doch.

Dies ist einer der wenigen Punkte, in denen man für die Zukunft der Menschheit optimistisch sein darf, aber er bedeutet an sich nicht wenig."

VORTRAG

Prof.Dr. Ekkehard Nuisl

"Politische Bildung in den 90er Jahren"

Für den Fall, daß jemand daran zweifelt, das Wichtigste zu allererst: politische Bildung wird es auch in den 90er Jahren geben, und mit ihr auch die Institutionen, welche sie tragen, stützen und voranbringen. Der Rückblick auf vierzig Jahre ist daher wichtig vor allem für den Blick nach vorne.

Es geht also nicht um das "Ob" der politischen Bildung, sondern um ihr "Wie". Und um die Frage über das Methodische oder Finanzielle hinaus zu erweitern ins Gesellschaftspolitische: es geht auch um das Warum und mit welchem Ziel politische Bildung nottut.

Wir wissen, daß politische Bildung nach dem Krieg eingerichtet wurde mit dem Ziel, ein bestimmtes Gesellschaftssystem (die parlamentarische Demokratie und die soziale Marktwirtschaft) den Bürgern und Bürgerinnen zu vermitteln und andersherum diese mit dem System. Traditionell stand das politische System im Mittelpunkt politischer Bildung, seine Regeln, seine Strukturen und natürlich auch seine Probleme. Staatssekretär Waffenschmidt hat (vor zwei Jahren) anläßlich des 40-jährigen Jubiläums der Bundeszentrale als aktuellen Gegenstand der politischen Bildung etwa benannt die deutsche Vereinigung, die Ausländerfrage, den Rechtsextremismus, den europäischen Zusammenschluß. In der Tat: es sind Probleme politischen Handelns, in denen analysiert, diskutiert und entschieden werden muß. Auch gibt es durchaus jene didaktische Kausalkette, die für politische Bildung in Ost wie in West so viele Jahre unstrittig schien: der Weg vom erweiterten Wissen über die Aufklärung hin zum politischen Verhalten.

Aber erlauben sie mir als jemandem, der aus

ANALYSEN ♦ MEINUNGEN ♦ DEBATTEN

der Erwachsenenbildung kommt, für die jüngere Vergangenheit wie auch für die Zukunft einige Zweifel an dem so definierten Gegenstand und der so definierten Vorgehensweise politischer Bildung zu äußern. Der wesentlichste Unterschied zwischen Erwachsenenbildung und Schule ist der, daß die Teilnahme an ersterer freiwillig ist, im großen und ganzen jedenfalls, und das erstere nicht im Kontext eines klassischen Bildungskanons, sondern in der Konkurrenz aktueller Medieninformationen steht. Erwachsenenbildung muß reagieren, muß didaktisch und inhaltlich stimulieren, anregen, sinnlich und aktuell sein. Sonst hieße es: stell dir vor, es gibt Bildung, und keiner geht hin. Politische Bildung umfaßt für mich also nicht nur die Politik im Sinne von "das politische System", sondern grundsätzlich die Fähigkeit von Menschen, ihr Handeln am eigenen Interesse zu orientieren und zugleich gesellschaftlich zu verantworten. Dies betrifft vielerlei Dinge, die vom politischen System weder geregelt noch überhaupt wahrgenommen werden. Etwa Aspekte des Geschlechterverhältnisses, die gesellschaftliche Kultur des Alterns und Sterbens (oder besser: Nicht-Kultur) oder auch des Wohnens. Menschen entwickeln ihr politisches Bewußtsein und ihr politisches Handeln nicht vorrangig an der Frage, ob die Stärke der Bundeswehr bei 370 oder 340 Tausend Mann (oder Frau?) liegt. Sie entwickeln es in alltäglichen Prozessen, in denen individuelles Handeln auf gesellschaftliche Zustimmung oder Ablehnung stößt. Politische Bildung in der Erwachsenenbildung orientiert sich am Subjekt, sie reflektiert, wenn Sie so wollen, das bestehende politische System nicht als unabhängige, sondern als abhängige Variable politischen Handelns. Politik ist für die Menschen da, nicht die Menschen für die Politik - diese Maxime wird gelegentlich außer acht gelassen. In der politischen Bildung aber darf das nie sein.

Gerade Politiker und gelegentlich auch Politikerinnen scheinen davon auszugehen, daß Handlungen und Entscheidungen im politischen System das politische Klima in der Gesellschaft dominieren und

ausschließlich den Gegenstand politischer Bildung ausmachen. Ein Beispiel dafür ist die im letzten Jahr behauptete "Politikverdrossenheit" der Bevölkerung, die zurückgeführt wurde auf einige Skandale und mit der etwa auch hier in Hessen einige Kommunalwahlergebnisse erklärt wurden. Ich halte dies für verkürzt. Skandale gab es schon immer, bereits vor 30 Jahren habe ich mit großem Vergnügen das Buch von Schütze über die "Kunst des Skandals" gelesen, zu einer Zeit, als es noch nicht um "Politikverdrossenheit" ging. Ebenso verkürzt scheint mir das Aufatmen nach den ersten Wahlergebnissen diesen Jahres zu sein, Aufatmen deshalb, weil die Partei der Nichtwähler nicht deutlich zunahm, die extremen Parteien kleiner blieben als befürchtet und die Macht nach wie vor zwischen den sogenannten Volksparteien verteilt wurde.

Dies sind Wellen, nicht weniger und nicht mehr; es sind nicht die Strömungen. Die Strömungen lassen sich beschreiben als gesellschaftliche Veränderungsprozesse, als gesellschaftliche Faktoren, die längerfristig Bedeutung haben und die Rolle von Politik in der Gesellschaft und für die Menschen beeinflussen. Natürlich geht die Tagespolitik auf sie ein, oft aber - und dies wiederum ist ein Problem politischer Bildung - ohne im Grundsätzlichen zu differenzieren und zu gewichten.

In der Erwachsenenbildung hat sich bereits heute das Angebot politischer Bildung deutlich verändert; es ist eher größer als früher, auch wenn dies die Statistik nicht zeigt, denn sie orientiert sich am traditionellen Gegenstand des politischen Systems. Politische Bildung ist heute eher eine politisch-kulturelle Bildung, verbunden mit Medienproduktionen, Ausstellungen, Theaterspielen, Psychodramen. Politische Bildung ist heute eher aufgehoben in inhaltlichen Feldern, welche den Interessen und Problemen der Menschen unmittelbar naheliegen, etwa in der Frauenbildung, der Gesundheitsbildung, der Umweltbildung, der Technikbildung. Politische Bildung ist heute in hohem Maße auch explizit in berufliche Bildung integriert, wo sie Element der

ANALYSEN ♦ MEINUNGEN ♦ DEBATTEN

Vermittlung von Schlüsselqualifikationen, Flexibilität, Kreativität, Fantasie, sozialem Umgang und Führungskompetenzen ist. Sie ist eher Prinzip als Fach.

Politische Bildung für Erwachsene ist heute ganzheitlicher, handlungsrelevanter und offener geworden, eigentlich schwieriger, aber auch erfolgreicher. Wenn es um die politische Bildung der 90er Jahre geht, dann geht es darum, einzuschätzen, inwieweit sich gesellschaftliche Bedingungen und Faktoren verändern, auf die Politik und damit auch politische Bildung rekurren. Und dazu, meine Damen und Herren, möchte ich einige Thesen formulieren.

Bei diesen Thesen geht es mir darum, was zu beobachten ist in bezug auf die Gesellschaft, oder genauer: in bezug auf die Struktur der Gesellschaft, auf ihr handelndes Subjekt, auf ihren produktiven Kern, auf ihre Identität und auf ihr gemeinsames Ziel. Genaugenommen geht es dabei um die Eckwerte von Politik, ganz sicher aber um die Grundfragen politischer Bildung. Ich stelle Beobachtetes nebeneinander und formuliere nur beispielhaft, denn um einen gemeinsamen Nenner zu formulieren wäre eine Gesellschaftstheorie von Nöten, um die ich mich derzeit weder bemühen kann noch will - ohnehin wäre nicht der Begriff "Bildungsgesellschaft" ihr gültiges Etikett.

Der **erste** der fünf Aspekte betrifft die Struktur der Gesellschaft. Der alte Streit um Klassen- oder Schichtenmodelle scheint ausgestanden, obgleich die bestehenden Desintegrationsprozesse soziale Ungleichheiten verschärfen. Heute geht es um "Generationen", um "Kohorten" und vor allem um "Milieus". "Milieu-Typen" werden mit Begriffen aus der Konsumwelt charakterisiert. Und das Bewegungsmoment ist das Erlebnis, die Risikogesellschaft Beck's ist nach Schulze jetzt eine Erlebnisgesellschaft. Empirisch belegen lassen sich nicht alle diese Dinge; empirisch belegbar sind eine erhöhte regionale und soziale Mobilität, der Zerfall traditioneller Familienstrukturen, die zunehmende Bedeutung von Medienwelten, hohe Scheidungsraten, die Zunahme von Singlehaushalten, ein verstärktes Ausmaß an Individualisierung und - gruppenspezifisch -

auch Isolation. Empirisch belegbar sind Anomien wie zunehmende Isolation. Empirisch belegbar ist eine Tendenz zu einer Zweidrittel-Gesellschaft nach amerikanischem Vorbild, ein immer ärmeres Drittel, zwei immer reichere Drittel, ein Verschwinden der sozialen Mitte. Empirisch feststellbar ist auch, daß sich Lebensformen und Lebenswelten in einem großen Umfang ausdifferenziert und pluralisiert haben. Die Ästhetisierung hat in einem ungeheuren Ausmaß um sich gegriffen, manche Kulturkritiker sehen sie als sinnentleerte Form über jedweder alltäglicher Verrichtung gestülpt. Wohnungen sind heute menschenleerer als früher, aber angefüllt mit Kommunikationstechnik und anscheinend unnützen Gegenständen.

Viele Kulturkritiker schlagen bei solcherlei Fakten die Hände über den Kopf zusammen. Ich halte das für falsch. Ich bin der Meinung, wir sollten nüchtern beobachten und immer die Dialektik von Entwicklungen in Betracht ziehen. So ist etwa die verstärkte Alltagsästhetik nicht nur unter dem Aspekt der Geschmacksbildung von Bedeutung, sondern auch zu sehen als Reflex auf soziale Isolation: rasche Erkennung wird ermöglicht, wo Zusammengehörigkeit fehlt. Stüssi-Mütze und Reebok-Schuhe sind Kommunikationssignale wie der männliche Schlips, aber wesentlich differenzierter.

Die Identitätsbildung bekommt eine andere Qualität: je isolierter einzelne Menschen sind, desto mehr analytische Fähigkeiten entwickeln sie zur Verortung von Gruppenstrukturen und eigener Identität. Natürlich bedeutet Vereinzelung vielfach ungeheures Leid, um das sich Bildung und Menschen zu kümmern haben. Aber das ist historisch nicht neu: Leid entstand auch in festgefühten Sozialstrukturen dadurch, daß die Entfaltung von Persönlichkeit verhindert wurde?

Wie auch immer: die Linien zwischen Individuen, Gruppen, sozialen Systemen, Schichten, Klassen und Milieus verschieben sich. Es geht um andere Probleme, andere Betroffene, andere Formen. Politische Bildung, wenn sie im Interesse der Menschen sein will, muß hier sensibel Leid

ANALYSEN ♦ MEINUNGEN ♦ DEBATTEN

wahrnehmen, veränderte Strukturen reflektieren und sich selbst entwickeln. Sozial organisierte Bildungsprozesse können heute weniger als früher auf gemeinsam gültige Wertvorstellungen und Diskussionsformen vertrauen. Und Bildungsangebote werden heute ebenso wie in bezug auf den Inhalt auch in bezug auf die ästhetische Form von ihren Teilnehmenden bewertet.

Meine **zweite** These bezieht sich auf das handelnde gesellschaftliche Subjekt, auf den Staat. Lassen Sie mich hier einmal ganz undifferenziert vorgehen. Ich stelle fest, daß sich der Staat derzeit aus weiten Bereichen öffentlicher Aufgaben zurückzieht, sich geradezu aus dem Staub macht. Und ich bedaure dies eigentlich. In den 60er und den 70er Jahren bedeutete der Staat für mich und meine "Generationskohorte" das Subjekt gesellschaftlichen Handelns, mit dem sich auseinanderzusetzen oberstes Ziel politischer Tätigkeit war. Immer kritisch und auf Distanz natürlich, aber auch immer fordernd und wertschätzend. Ich würde behaupten, daß eine beobachtbare oder scheinbare Politikverdrossenheit in der Bevölkerung allenfalls darauf zurückzuführen ist, daß dieses Gegenüber immer undeutlicher wird.

Einige Beispiele. Am auffälligsten ist sicher die Privatisierung der Post und Bahn. Noch auffälliger als diese ist die Tatsache, daß sie nicht mit öffentlicher Empörung verbunden ist; der Protest ist dezentralisiert und individualisiert. Vor allem: er ist ambivalent. Die Schelte an der unzureichenden Qualität staatlicher Dienstleistungen ist verknüpft mit großem Interesse, das unrentable Postamt um die Ecke zu behalten. Das Fehlen öffentlicher und gemeinsamer Empörung ist auffällig, weil unstrittig zur gesellschaftlichen Grundversorgung und zur öffentlichen Aufgabe funktionierende Verkehrswege und Informationswege gehören.

Oder ein Beispiel in einem noch empfindlicheren Bereich traditioneller Staatsaufgaben: die öffentliche Sicherheit. In den letzten Jahren hat eine Vielzahl von Wach-, Aufsichts- und Schutzgesellschaften die Aufgabe mit übernommen, öffentliche Gebäude und Einrichtungen zu sichern. Die Vielfalt an Uniformen und kampftechnischen

Ausrüstungen ist bereits heute beachtlich, und die Diskussion darum, ob der Staat für unsere Sicherheit garantieren kann, dürfte in den noch vor uns liegenden Wahlkämpfen nicht ohne Grund ein wichtiges Thema sein. Hier werden öffentliche Aufgaben privatisiert. Ausdruck zunehmender Paradoxien staatlichen Handelns ist es, daß Privates hier staatlich finanziert wird: eine Tendenz zur öffentlichen Vorsorge ohne öffentliche Verantwortung.

Aber wichtig ist auch der Kontext, in dem sich der Staat aus diesen öffentlichen Aufgaben zurückzieht. Dabei läßt sich feststellen, daß die Totalität des Marktprinzips, wie sie weltweit nach dem Zusammenbruch der kommunistischen Systeme gilt, auch national das Balanceverhältnis zwischen staatlicher Vorsorge einerseits und unternehmerischer Freiheit andererseits verändert. Es sind private Unternehmen, welche diese Aufgaben wenigstens teilweise übernehmen, keine anderen quasi öffentlichen Instanzen. Darüber hinaus geht das Verschwinden des Staates aus dem Versorgungsalltag einher mit einer weiteren Schwächung systemtragender Strukturen. Die großen gesellschaftlichen Organisationen wie Kirchen, Gewerkschaften und Parteien verlieren an Kraft. Die Austritte aus diesen Organisationen, die traditionell eine zentrale Rolle in der Gesellschaft spielen, schwächen das plurale öffentliche System insgesamt. Dies mag eine vorübergehende Erscheinung sein, vielleicht aber auch nicht. Betrachtet man die Individualisierungs- und Isolationstendenzen, so ist eher unwahrscheinlich, daß diese pluralen Organisationsstrukturen wieder an Kraft gewinnen.

Mit dem Rückzug aus grundlegenden Strukturen gesellschaftlicher Vorsorge und Fürsorge reduziert der Staat nicht nur seinen Teil an dem, was man heute "Dienstleistungen" nennt, sondern er gestaltet auch weniger. Tendenziell vermindert der Staat seinen Einfluß als wirkliches oder vermeintliches Subjekt gesellschaftlichen Handelns.

Was kann und soll politische Bildung in dieser Situation tun? Die Sinnhaftigkeit

ANALYSEN ♦ MEINUNGEN ♦ DEBATTEN

privater statt öffentlicher Fürsorge erläutern? Oder an den ambivalenten Interessen der Menschen arbeiten, damit diese das Verschwinden des Postamts an der Ecke verstehen und akzeptieren? Das zunehmende Verblässen des Staates in der immer diffuser werdenden Gemengelage von Milieus und Ästhetisierung macht es politischer Bildung immer schwerer, Interessen der Menschen auf das gesellschaftliche Gemeinsame hin zu vermitteln.

Ein **dritter** Punkt ist zu nennen, wenn es um die politische Bildung der kommenden Jahre geht. Es ist die Arbeitswelt. Es geht um den produktiven Kern der Gesellschaft, gewissermaßen um den materiellen gemeinsamen Nenner. Arbeitslosenzahlen, die vor 15 Jahren zum Sturz einer Regierung beigetragen hätten (und haben), gelten heute geradezu als normal. Einschnitte im Gefüge von Lohn und Gehalt und bei sozialen Leistungen werden hingenommen. Die 35 Stunden Woche, noch vor wenigen Jahren heiß umkämpfter Casus knaxus tariflicher Auseinandersetzung, ist plötzlich realisierbar. Aber auch die Art der Arbeit und die erforderliche Qualifikation haben sich geändert. Im Betrieb und am Arbeitsplatz wird die alte Konzeption einer horizontalen Arbeitsplatzstruktur und einer vertikalen Entscheidungs- und Interessenstruktur aufgelöst durch unterschiedlich vernetzte Ebenen und Segmente. Eine Diskussion über berufliche Qualifizierung ist heute ohne das Thema der Interessenvertretung im Arbeitszusammenhang kaum vorstellbar. Vor allem unter dem Stichwort "Schlüsselqualifikation" greift berufliche Bildung heute explizit hinein in das traditionelle Feld politischer Bildung, thematisiert nicht nur die stofflich-inhaltliche Seite der Arbeit, sondern auch Erkennen und Vertreten einzelner und gemeinsamer Interessen im Betrieb. Die Kategorie der menschlichen Arbeitskraft hat an Bedeutung gewonnen, nicht, wie vor 20 Jahren befürchtet, verloren. Dies gilt aber nur qualitativ, nicht quantitativ.

Traditionelle Konzepte politischer Bildung, die von einem Interessengegensatz im Betrieb und in der Gesellschaft ausgingen, greifen

heute mehr denn je ins Leere. Die Annahme einer Identität von objektiven Interessen und subjektiver Befindlichkeit war schon immer fraglich, heute ist sie geradezu fahrlässig. Denn auch das kritische Verhalten von Menschen gegenüber Lernangeboten hat sich verändert.

Bereits vor zehn Jahren wurde festgestellt, daß die Teilnehmenden an politischer Bildung dazu neigen, das System ihres eigenen Denkens und Handelns relativ invariant zu halten, daß eine ausgeprägte Resistenz erkennbar sei gegenüber Versuchen der Lehrkräfte, Einstellungen zu verändern. Nach dem, was wir heute über die Häufigkeit und auch die Hintergründe des Passungsproblems zwischen Teilnehmerinteressen und Lernangeboten wissen, kann angenommen werden, daß vieles von dem, was früher als gelungene politische Bildung galt, in Wirklichkeit lediglich ein gelungener Anpassungsprozeß der Teilnehmenden an die Ziele der PädagogInnen war. Heute werden solche Probleme nicht mehr akzeptiert, oft auch deshalb, weil die Legitimation von Organisationen (etwa der Gewerkschaften), die früher zwischen Lerngegenständen und Teilnehmerinteressen eine verbindende Klammer schuf, an Stärke verloren hat.

Politische Bildung, die ihre Aufgaben nicht nur in Wissensvermittlung sieht, sondern auch in der Klärung von Interessen und Problemen, steht vor schweren Aufgaben in den nächsten Jahren.

Dies bestätigt auch der **vierte** Punkt, den ich nennen will: die "Identität" der Gesellschaft. Am aktuellsten läßt es sich diskutieren am Topos der "Nation", mit dem auch das Thema "Europa" verbunden ist. Manfred Hättich hat erst vor kurzem wieder darauf hingewiesen, daß die Nation ein "Mythos" ist, eine "Gruppe von Menschen, die durch einen gemeinsamen Irrtum hinsichtlich ihrer Abstammung und eine gemeinsame Abneigung gegen ihre Nachbarn geeint ist" (Peter Glotz).

Das ist richtig - und auch nicht. Gerade wir Deutschen hätten allen Anlaß, offensiv mit dem normativen Gehalt dieses Mythos umzugehen. Nach der deutschen Einigung wäre die deutsche Geschichte neu zu schreiben, zumindest zu reflektieren, und die

ANALYSEN ♦ MEINUNGEN ♦ DEBATTEN

leeren Seiten wären zu füllen, die mit dem Faschismus zu tun haben. Nicht mit der Zeit des Faschismus, sondern der Zeit danach, wo es um Trauerarbeit und kollektives Schuldbewußtsein gegangen wäre. Ist es richtig, in der politischen Bildung, Regeln eines neuen Systems zu lernen, ohne zuvor das Trauma eigenen Vorgehens im Faschismus bearbeitet zu haben?

Nun erleben wir heute, in Deutschland und in anderen Ländern, daß der Mythos der "Nation" immer wieder Kraft hat, Antriebskraft und Überlebenskraft. Wir stehen fassungslos vor faschistischen Tendenzen insbesondere bei jungen Männern und fragen uns, wie konnte dies trotz eines offenen demokratischen Systems und trotz politischer Bildung geschehen? Andererseits arbeiten wir unter dem Stichwort "Europa" an einer staatenübergreifenden Lösung, die den Mythos der "Nation" relativieren soll. Aber gerade unter dem Stichwort Europa läßt sich auch die Ambivalenz des Übernationalen zeigen. Die ehemalige europäische Wirtschaftsgemeinschaft, die erst mit den Maastrichter Beschlüssen kulturelle und soziale Zusammenhänge thematisiert, verfolgte und verfolgt hauptsächlich das Ziel eines gemeinsamen Marktes. Es hat sich eine Wagenburg "Wohlstandsgesellschaft" zusammengeschlossen, die mit abnehmendem Erfolg versucht, die anstehenden Wanderungsbewegungen aus dem Süden und Osten abzuwehren - nicht nur hier in Deutschland, sondern auch in anderen europäischen Ländern. Das, was heute als Ausländerhaß thematisiert wird, ist wohlmöglich nur die Vorstufe einer tiefgreifenden Entsolidarisierung bei der Teilung des Wohlstandes. Man kann vermuten, daß das verhaßte "Fremde" weniger im andersartigen Aussehen, der anderen Sprache und der anderen Verhaltensweise gesehen wird, sondern vor allem in der Konkurrenz am vermeintlich verdienten Besitz. Politische Bildung muß hier mit realen Ängsten umgehen, die tief in gesellschaftliche und persönliche Grundwerte hineinreichen. Und die Ambivalenz zwischen menschlichem Verstehen und direkter Konkurrenz ist durchaus auch im offiziellen

politischen Handeln enthalten, ohne aber dort thematisiert zu werden. Was kann und soll politische Bildung hier ehrlicherweise tun? Sicher ist es nicht mit Wissen über die europäische Einigung getan, über Verträge, Europaparlament, Brüsseler Entscheidungsprozesse. Es geht um das gesellschaftliche Wissen darum, warum es Nationen gibt und warum sie zu einem bestimmten historischen Zeitpunkt zusammenfinden.

Als **fünften** und letzten Punkt möchte ich deshalb die Frage nach dem Ziel der Gesellschaft stellen. Wir haben vor einigen Jahren etwas erlebt, das wir in seiner Bedeutung vielleicht immer noch nicht registriert haben. Mit dem Zusammenbruch des real existierenden Sozialismus ist die "Gegenwelt" verloren, jenes Gegenüber, das zum Erkennen der eigenen Stärken und Schwächen unabdingbar ist. Und wir merken erst allmählich, daß ein solches Gegenüber darüber hinaus immer zwei weitere Effekte hat: zum einen den Effekt, daß es zur Identifikation mit der eigenen Gesellschaft beiträgt, zum anderen den Effekt, daß es die eigene Gesellschaft zu Utopien zwingt oder herausfordert. Ich halte die heutige Gültigkeit von Konzepten der Postmoderne und des radikalen Konstruktivismus für Folgen des Verlustes der Gegenwelt, vielleicht nicht durch diesen verursacht, aber sicher gekräftigt. Ganz sicher ist die Abnahme der Identifikation mit der eigenen Gesellschaft eine Folge.

Der Mangel an gesellschaftlichen Utopien ist auch verbunden mit einem Verlust des Zukunftsglaubens, die ideologische Begleitmusik das kapitalistischen Wachstumsprozesses ebenso wie des sozialistischen Aufbaus. Der sozialistische Aufbau bekannter Prägung ist vorbei, und der kapitalistische Fortschritt steht heute vor den Grenzen des Wachstums, des Wachstums nicht nur im materiellen, sondern auch im ethischen und moralischen Bereich. Die "Grenzen des Wachstums" sind vorhanden, auch wenn sie offiziell nicht thematisiert werden. Und auch das Wissen um sie ist vorhanden, auch wenn dies Apologeten des Wirtschaftswachstums und steigender Exportraten noch nicht bemerkt zu haben

scheinen.

Manchmal hat man den Eindruck, mit dem Fortschrittsglauben sei ganz grundsätzlich auch der Glaube am Sinn von Zielen verloren, von gesellschaftlichen Zielen, von individuellen Zielen, aber auch von Lernzielen. Wo liegt denn heute die Zieldefinition politischer Bildung?

Mit den fünf genannten Punkten möchte ich es bewenden lassen. Sie haben, wie ich hoffe, die Paradoxien gesellschaftlicher Prozesse in den nächsten Jahren beschrieben, aber auch die Notwendigkeit, traditionelle Konzepte politischer Bildung zu überdenken. Ich habe eingangs schon darauf hingewiesen, daß in der Praxis vielfältige Ansätze der politischen Erwachsenenbildung vorhanden sind, politische Bildung neu zu definieren. Ich bin sicher, daß wir ohne eine praxisbezogene Neudefinition des Ziels politischer Bildung nicht werden auskommen können.

Dabei treffen sich, wie ich denke, Politik und politische Bildung in der Notwendigkeit, sich über gesellschaftliche Ziele zu verständigen. Abbau von Arbeitslosigkeit, Zusammenschluß Europas, Kampf gegen Ausländerhaß und Gewalt sind Ziele, auf die wir uns sicher rasch einigen werden, aber es sind nur Ziele mittlerer Reichweite. Sie stehen, wie wir wissen, oft in einem unmittelbaren Gegensatz. Und ohne weitergehende gesellschaftliche Ziele ergibt dieser Gegensatz entweder Handlungslosigkeit oder Gruppenkonflikte oder Schizophrenie oder alles zusammen - man kann dies leicht aus jeder umwelt- und arbeitsmarktpolitischen Debatte herauslesen.

Wir müssen, und dies ist eine zentrale Aufgabe politischer Bildung, hinein in die Reflexion gesellschaftlicher Ziele, die für mich da beginnt und endet, wo es um die Herrschaft der Menschen über die Natur und die Herrschaft der Menschen über die Menschen geht. Es geht darum, gesellschaftliche Ziele zu definieren und Prioritäten zu setzen, die operational sind für den weiteren Weg hin zu einer noch humaneren Gesellschaft. Man kann dies an vielen, praktisch jedem Punkt gesellschaftlichen Zusammenseins politisch erarbeiten. Ein konkreter Ansatz dazu liegt etwa darin, mit dem Schwinden der

Vollerwerbstätigkeit als alleinigem Sinn- und Staturelement die Wertigkeit von sozialer Fürsorge, von Beziehungs-, Erziehungs- und Hausarbeit zu erhöhen. Darin läge nicht nur ein veränderter Umgang mit der Natur, sondern auch ein veränderter Umgang der Geschlechter, die nur gemeinsam über die Zukunft der Gesellschaft und den Sinn politischer Bildung verhandeln können. Weiterbildung ist generell Ort der Reflexion über die Zukunft, aber auch Ort der Vergewisserung über gemeinsame ethische Prinzipien. Nur sie eröffnen die Möglichkeit, Prioritäten zu setzen in einem vernetzten Geflecht globaler Probleme.

Die politische Bildung in den 90er Jahren wird anders sein oder werden müssen, aber offener und am Menschen orientiert. Es geht nicht um einen Kampf der Systeme und nicht darum, Bestände zu erhalten, sondern selbstbewußt und reflektiert einen gemeinsamen Weg zu suchen und zu gehen.

Ich wünsche der HLZ ebenso wie uns in den Volkshochschulen viel Aufmerksamkeit und Sensibilität dabei. Gerade in politisch-kulturellen Seminaren lernen auch wir von den Teilnehmenden, und ohne dieses Lernen kann politische Bildungsarbeit nicht sein.

Vielen Dank

* * * * *



Eine Schriftenreihe der
Hessischen Landeszentrale
für politische Bildung